

Vertrag über Ingenieurleistungen
für das Projekt
„Transformation Fernwärmenetz Ratingen-West und Innenstadt“

Los 2: Wärmenetz

Entwurf

Teilnahmewettbewerb, Stand: 26.06.2026

Zwischen

der **Stadtwerke Ratingen GmbH**,
vertreten durch den Geschäftsführer Jens Schmidt,
Sandstraße 36, 40878 Ratingen,

im Folgenden „**AG**“ genannt,

und

[Name des obsiegenden Bieters, dessen Anschrift und Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters werden nach Zuschlagserteilung redaktionell hier ergänzt]

im Folgenden „**AN**“ genannt,

AG und AN gemeinsam „**Parteien**“ genannt,

wird nachfolgender Vertrag geschlossen:

Das Vertragsverhältnis kam durch den Zuschlag am [wird nach Zuschlagserteilung redaktionell hier ergänzt] auf das Angebot vom [wird nach Zuschlagserteilung redaktionell hier ergänzt] zustande. Die Unterzeichnung dieses Vertrags ist damit rein deklaratorischer Natur.

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Gegenstand des Vertrages	3
§ 2 Bestandteile und Grundlagen des Vertrages	6
§ 3 Leistungen des AN	8
§ 4 Allgemeine Leistungspflichten des AN	10
§ 5 Projektleitung und Projektüberwachung	15
§ 6 Subplaner	16
§ 7 Beteiligung des AG	17
§ 8 Nutzung von Fördermitteln	19
§ 9 Vergütung	19
§ 10 Termine und Fristen	22
§ 11 Rechnungen und Zahlungen	23
§ 12 Geheimhaltungs-, Auskunfts- und Aufbewahrungspflichten	25
§ 13 Abnahme und Verjährung	25
§ 14 Haftung und Mängelansprüche	26
§ 15 Versicherung	26
§ 16 Kündigung	27
§ 17 Urheber- und Schutzrechte	28
§ 18 Schlussbestimmungen	30

§ 1 Gegenstand des Vertrages

(1) Projektbeschreibung

1. Der AG betreibt ein rund 27,6 km langes Fernwärmenetz mit derzeit mehreren hundert angeschlossenen Gebäuden und einem jährlichen Wärmeabsatz von etwa 66 GWh. Die Wärmeerzeugung basiert aktuell auf erdgasbefeuerten Blockheizkraftwerken (BHKW) sowie Spitzenlastkesseln. Vor dem Hintergrund der energie- und klimapolitischen Zielsetzungen, insbesondere der angestrebten Treibhausgasneutralität bis spätestens 2045, sowie zur langfristigen Sicherstellung einer wirtschaftlichen und nachhaltigen Wärmeversorgung, ist eine umfassende Transformation des Versorgungssystems erforderlich.
2. Im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW Modul 1) wird aktuell ein Transformationsplan (LP 1) erarbeitet, auf dessen Arbeitsergebnisse die nun zu vergebenden Planungsleistungen aufbauen sollen.
3. Ziel des Projekts ist die Planung und Umsetzung des ersten Maßnahmenpaketes gem. BEW Modul 1 im Rahmen der schrittweisen Dekarbonisierung des Fernwärmesystems durch:
 - Integration erneuerbarer Wärmeerzeugung
 - Reduktion fossiler Energieanteile
 - Optimierung des Netzbetriebs
 - Erweiterung und Verdichtung des Versorgungsgebiets
4. Das erste Maßnahmenpaket stellt einen zentralen Umsetzungsschritt dar und dient zugleich als Grundlage für die weiteren Transformationsphasen.
5. Die zu vergebenden Planungsleistungen werden in zwei (2) Lose unterteilt:
 - **Los 1: Erzeugungsanlagen** – Planung der Wärmeerzeugung und Heizzentrale
 - **Los 2: Wärmenetz** – Planung der Netzinfrastruktur

Eine enge fachliche Abstimmung zwischen beiden Losen ist vom AN sicherzustellen.
6. Mit dem vorliegenden Auftrag beabsichtigt der AG, die für das Projekt notwendige **Planung der Erweiterung, Verdichtung und Optimierung des bestehenden Fernwärmenetzes (Los 2)** an den AN zu vergeben („Auftrag“).

(2) Bundesförderung für effiziente Wärmenetze

1. Das Projekt wird durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) gefördert. Förderungsgegenstand des Projekts ist gegenwärtig das „Modul 1 – Transformationspläne“; beabsichtigt ist auch die Antragstellung für das „Modul 2 – Systemische Förderung“. Antragsteller und Zuwendungsempfänger der BEW-Förderung ist der AG. Die Bewilligung und Gewährleistung der Förderung sowie die Einhaltung sämtlicher Richtlinien, Bedingungen und Auflagen der BEW-Förderung ist Grundlage der Finanzierung und Voraussetzung für die Realisierung des Projektes.

2. Im Zuge der Planung des AN ist eine höchstmögliche Förderung zu erreichen und die Rückforderung von Fördermitteln wegen Verstoßes gegen die Fördermittelbestimmungen zu vermeiden. Hierzu sind durch den AN insbesondere der Zuwendungsbescheid einschl. seiner Auflagen und Nebenbestimmungen usw. (**Anlage ...**) und die Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) sowie das „Merkblatt Antragstellung, technische Anforderungen und Verwendungsnachweis“ (**Anlage ...**) zu berücksichtigen.

(3) Leistungsumfang

Gegenstand dieses Vertrages ist die Erbringung der in § 3 genannten Leistungen unter Berücksichtigung der nachfolgenden Anforderungen und Ziele des Projekts.

(4) Projektziele

AG und AN vereinbaren für die Leistungserbringung insbesondere folgende Projektziele (weitere Projektziele ergeben sich aus den weiteren Grundlagen dieses Vertrages, siehe insbesondere § 2(1) dieses Vertrages):

1. Übergeordnetes Ziel der Leistungen des AN

Ziel der Leistungen des AN ist es, nach Maßgabe der Projekt-/Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) die Voraussetzungen für die Antragstellung und den Verwendungsnachweis für den Erhalt der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW), Modul 1 (Transformationsplan) und so die Grundlage für die Antragstellung für das BEW-Modul 2 (Systemische Förderung) zu schaffen. Der AN hat im Hinblick auf die BEW-Förderung in Abstimmung mit den übrigen am Planungsprozess Beteiligten das Projekt so zu planen, dass eine höchstmögliche Förderung erreicht wird.

2. Kosten (Baubudget und Kostenobergrenze)

Für das Los 2 wird ein Gesamtkostenrahmen (Kostengruppen 300 bis 500) netto zzgl. Umsatzsteuer in der gesetzlichen Höhe zwischen den Parteien abgestimmt („**Budget**“). Der AN ist verpflichtet, seine Leistungen so zu erbringen, insbesondere so zu planen, dass das Budget eingehalten werden kann. Der AN hat das Budget nach Vertragsschluss auf Plausibilität zu überprüfen. Er hat insbesondere im Rahmen der Vorplanung für jedes von ihm erstellte Planungskonzept eine Kostenschätzung und sodann in der Entwurfsplanung eine Kostenberechnung nach DIN 276–1: 2008–12 anzufertigen, ggf. unterlegt durch Einholung von Vergleichsangeboten oder Erfahrungswerten, soweit dies zu einer präziseren Kostenschätzung führt, sowie zur Kostenkontrolle durch Vergleich der im jeweiligen Planungsstadium ermittelten Kosten mit dem gegebenenfalls im Einvernehmen fortgeschriebenen Budget. Dabei hat der Auftragnehmer die Kostengliederung entsprechend der DIN 276–1: 2008–12 über die dort vorgesehene Gliederung hinaus entsprechend den technischen Merkmalen und herstellungsmäßigen Gesichtspunkten weiter zu untergliedern und die Kosten in Vergabeeinheiten zu ordnen, damit die projektspezifischen Angebote, Aufträge und Abrechnungen mit den Kostenvorgaben verglichen werden können.

Die Kosten der durch den AG freigegebenen Kostenschätzung bzw. Kostenberechnung sind für den AN bei der Erbringung der weiteren vertragsgegenständlichen Leistungen als feste, verbindliche Kostenobergrenze im Sinne einer vertraglichen Beschaffenheit gem. § 633 Abs. 2 BGB vereinbart („**Kostenobergrenze**“).

Der AG ist berechtigt, die Kostenobergrenze in Abstimmung mit dem AN neu festzulegen.

Sobald zusätzliche Kosten gegenüber dem Budget bzw. der Kostenobergrenze erkennbar werden, muss der AN den AG unverzüglich über den Grund und die Mehrkosten im Einzelnen schriftlich informieren. Weiter muss er Einsparungsmodelle entwickeln und schriftlich vorschlagen, um die Einhaltung oder nach Möglichkeit Unterschreitung der Kostenobergrenze sowie eine spätere optimale wirtschaftliche Nutzung sicherzustellen. Sind die Mehrkosten nicht vom AN zu vertreten, so bedarf die Entwicklung von Einsparmodellen gesonderter Beauftragung und Vergütung durch den AG. Den AN trifft im Hinblick auf die einzuhaltende Kostenobergrenze keine Verantwortung, wenn die (Einzel-)Kosten der Kostenberechnung nur deshalb nicht gehalten werden können, weil die Vergabeergebnisse aufgrund der Baupreisentwicklung am Markt oberhalb der prognostizierten Werte liegen. Dies gilt nicht, wenn Kosten beispielsweise deshalb nicht gehalten werden können, weil der AN in der Entwurfsplanung und / oder Kostenberechnung (Einzel-)Leistungen vergessen hat; in diesem Fall wird der AN nicht von der vertraglichen Verpflichtung zur Einhaltung der Kostenobergrenze gem. Kostenberechnung befreit.

3. Termine

Der AN hat die nach der Projekt-/Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) geschuldeten Leistungen zu den in der Projekt-/Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) vereinbarten Terminen zu erbringen. Die Termine sind verpflichtend einzuhalten.

Die zeitlichen Vorgaben aus der Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) sowie Ziffer 4.3.1 des „Merkblatt Antragstellung, technische Anforderungen und Verwendungsnachweis“ (**Anlage ...**) sind zwingend einzuhalten, wonach die Maßnahme innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren abzuschließen ist. Andernfalls drohen der Widerruf des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der Förderung. Die konkreten Befristungen, Bedingungen und Auflagen ergeben sich aus dem Zuwendungsbescheid (**Anlage ...**).

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die für die Umsetzung der Maßnahmen aus diesem Vertrag erforderlichen Zeiträume bereits zu Beginn des Projekts festzusetzen und unter Berücksichtigung der erforderlichen Leistungen und der vom AG vorgegebenen Zeitfenster für den Einbau ggf. Maßnahmenpakete i. S. d. Ziffer 4.3.5 des „Merkblatt Antragstellung, technische Anforderungen und Verwendungsnachweis“ (**Anlage ...**) zu bilden, für die jeweils der vier Jahres Zeitraum einzuhalten ist.

4. Wirtschaftlichkeit

Der AN hat seinen Leistungen den Grundsatz der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit sowohl im Hinblick auf die Planung, Organisation und Durchführung des Projekts als auch in besonderem Maße auf die späteren Kosten von Unterhalt und Betrieb zugrunde zu legen.

5. Qualität

Die Planung des AN muss den Anforderungen der Projekt-/Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) entsprechen.

Die vorgenannten Projektziele sind Beschaffenheitsvereinbarungen zu den Leistungen des AN. Der AN ist nur im Rahmen der von ihm nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen zur Einhaltung dieser Beschaffenheitsvereinbarungen verpflichtet.

Die Parteien sind sich darüber einig, dass die wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele durch die benannten Zielvorstellungen und Projektziele definiert sind, so dass eine Zielfindungsphase im Sinne von § 650p Abs. 2 BGB entfällt und die Sonderkündigungsrechte gemäß § 650r BGB für beide Seiten erloschen sind; vorsorglich verzichten beide Parteien auf etwaige ihnen noch zustehende Sonderkündigungsrechte.

§ 2 Bestandteile und Grundlagen des Vertrages

- (1) Vertragsbestandteile sind als sinnvolles Ganzes – bei nicht auflösbaren Widersprüchen – in nachstehender Reihenfolge als Rangfolge:
 1. die Regelungen dieses Vertrages;
 2. die Vergabeunterlagen nebst Anlagen, insbesondere die Projekt-/Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) und die Vorkonzeptionierung des AG (**Anlage ...**);
 3. der Zuwendungsbescheid des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) vom 24.09.2025 in Gestalt des Änderungsbescheids vom 04.05.2026 (**Anlage ...**);
 4. die Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze „BEW“; Merkblatt Module 1 bis 4: Technische Anforderungen; Merkblatt Modul 1: Antragstellung und Verwendungsnachweis und Merkblatt Modul 2: Antragstellung und Verwendungsnachweis (**Anlage ...**);
 5. die besonderen Vertragsbedingungen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB TVgG NRW) (**Anlage ...**);
 6. der Teilnahmeantrag des AN vom **** (**Anlage ...**) und das Angebot des AN vom **** in der letzten/überarbeiteten Fassung (**Anlage ...**), insbesondere das ausgefüllte Preisblatt (**Anlage ...**) und die eingereichten Konzepte (**Anlage ...** und **Anlage ...**);
- (2) Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, gelten ergänzend:
 1. die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung;

2. die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Werkvertrag (§§ 631ff. BGB), insbesondere diejenigen über den Architekten- und Ingenieurvertrag (§§ 650pff. i. V. m. §§ 631ff. und §§ 650b ff. BGB);
 3. die allgemein anerkannten Regeln der Technik zum Zeitpunkt der Abnahme;
 4. alle das Projekt betreffende gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen, insbesondere alle EU-Vorschriften, alle DIN-Normen alle einschlägigen Gewerbe- und Brandschutzbestimmungen, alle öffentlich-rechtlichen Bestimmungen, insbesondere der planungs- und bauordnungsrechtlichen Bestimmungen, bundes- und landesrechtliche Immissionsschutzregelungen (einschließlich Verwaltungsvorschriften wie die TA Lärm), der Bestimmungen zum Wasser- und Umweltschutz und zur Arbeitssicherheit, die Unfallverhütungsvorschriften, die Herstellerhinweise, die VDI-, VDE- und VDS-Bestimmungen, alle Vorschriften der Berufsgenossenschaft in der zum Zeitpunkt der Abnahme geltenden Fassung.
- (3) Der AN hat weiterhin ebenfalls zu beachten:
1. die baurechtlichen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften;
 2. die Richtlinien und Auflagen der Sachverständigenstelle, der Fach- und Genehmigungsbehörden, sofern der AN Kenntnis davon hat bzw. haben kann;
 3. die sonstigen einschlägigen technischen Normen, Richtlinien und Bestimmungen;
 4. die gesetzlichen Bestimmungen des öffentlichen Vergabewesens in den jeweils gültigen Fassungen, insbesondere den 4. Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Vergabeverordnung (VgV), die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A und VOB/B), die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) und Teil B der Vergabe und Vertragsordnungen für Leistungen (VOL/B).
- (4) Der AN ist verpflichtet, die Vertragsbestandteile auf Widersprüche, Unstimmigkeiten und Unklarheiten zu prüfen und den AG für den Fall, dass solche vorliegen, möglichst vor Ausführung der betroffenen Leistungen hierüber zu informieren. Etwaige Widersprüche oder sonstige Unklarheiten haben die Parteien möglichst umgehend einer Klärung zuzuführen und über die Art und den Umfang der tatsächlich geforderten Leistung zu entscheiden.
- (5) Kann keine Klärung herbeigeführt werden, gilt bei Widersprüchen zwischen einzelnen Vertragsgrundlagen und für eventuelle Vertragsauslegungen die vorgenannte Rang- und Reihenfolge, soweit dem nicht zwingende öffentlich-rechtliche Vorschriften entgegenstehen. Bei Widersprüchen zwischen gleichrangigen Vertragsgrundlagen oder innerhalb einer Vertragsgrundlage ist im Zweifel die spezieller beschriebene, bei Fehlen einer speziellen Beschreibung die höherwertige Ausführung maßgebend.
- (6) Ein Widerspruch innerhalb der Vertragsunterlagen ist nur dann gegeben, wenn Anforderungen an die Leistungen des AN in den Vertragsunterlagen unterschiedlich definiert sind. Sollte in einem vorrangigen Vertragsbestandteil ein Detail eines nachrangigen Vertragsbestandteils nicht umschrieben oder definiert sein, stellt die fehlende Regelung keinen Widerspruch zur Regelung an nachrangiger Stelle dar. Es handelt sich dann lediglich um eine ergänzende Beschreibung des vertraglichen Leistungsumfanges des AN.

- (7) Der AN hat selbstständig zu ermitteln, welche technischen Regelwerke und Bestimmungen für seine Leistung einschlägig sind, und diese bei seiner Leistungserbringung zugrunde zu legen.
- (8) Allgemeine Geschäfts-, Leistungs-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des AN werden nicht Vertragsbestandteil, selbst wenn im Angebot des AN auf solche verwiesen wird.

§ 3

Leistungen des AN

- (1) Die vom AN nach Maßgabe dieses Vertrags geschuldeten Leistungen umfassen alle Planungs-, Überwachungs- und Beratungsleistungen, die für die vollständige mangelfreie und funktionsgerechte Umsetzung des Projekts auf Grundlage der Projekt-/Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) und zur Erreichung der in § 1(4) genannten Projektziele erforderlich sind. Der AN schuldet nach Maßgabe dieses Vertrages ein mangelfreies Werk, d.h. die Erzielung eines Leistungserfolges im Hinblick auf die ihm vertraglich übertragenen Leistungen im Rahmen des Projekts auf Grundlage der Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) sowie der im Vertrag sonst genannten Leistungspflichten des AN, selbst wenn die hierfür erforderlichen Leistungen in diesem Vertrag oder seinen Anlagen nicht oder nur unvollständig beschrieben werden. Der AN erbringt alle erforderlichen Planungsleistungen zur Erreichung des geschuldeten Werkerfolges. Es ist gerade Teil der geschuldeten Planungsleistung zu klären, welche Planungsschritte und -leistungen im Planungsprozess erforderlich sind. Maßgeblich ist, dass der AN den jeweiligen Teilerfolg der jeweiligen Planungsphase bzw. den Gesamterfolg des zugrundeliegenden Planungsvorhabens erreicht.
- (2) Zu den geschuldeten Leistungen gehören mithin insbesondere (nicht abschließend), die in der Projekt-/Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) näher beschriebenen Planungsleistungen, Beratungsleistungen sowie die sonstigen im Vertrag und seinen Anlagen genannten Leistungspflichten des AN. Der AN hat insbesondere die Vorkonzeptionierung (**Anlage ...**) und die von ihm beauftragte Transformationsplanung (Leistungsphase 1) bei seinen Leistungen zu überprüfen und in seine Leistungen zu integrieren. Unklarheiten, Widersprüche oder sonstige Auswirkungen auf die eigenen Leistungen und/oder Kosten und Termine sind dem AG unverzüglich anzumelden und im gegenseitigen Bemühen möglichst auszuschließen.
- (3) Die in den Vergabeunterlagen, insbesondere der Projekt-/Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) genannten Netzlängen, Hausanschlüsse, Übergabestationen, Investitionsansätze sowie Zeiträume stellen lediglich Planungs- und Kalkulationsannahmen dar und sind vom AN. Die tatsächliche Umsetzung dieser Maßnahmen hängt von verschiedenen Faktoren ab, die zum heutigen Zeitpunkt nicht verbindlich feststehen. Genannte Mengen, Investitionsansätze und Zeiträume dienen ausschließlich der überschlägigen Beschreibung des derzeit erwarteten Projektumfangs; hieraus ergibt sich keine verbindliche Umsetzungszusage oder garantierte Beauftragung bestimmter Maßnahmen für den AN. Die Ansätze und Beschreibungen sind vom AN vielmehr planungsbegleitend mit dem AG abzustimmen und zu überprüfen. Hierzu zählen insbesondere:

- der Erfolg der Kundenakquise und das tatsächliche Anschlussinteresse potenzieller Wärmekunden,
 - Entscheidungen der zuständigen Gremien hinsichtlich der Freigabe erforderlicher Investitionsmittel,
 - die Verfügbarkeit von Fördermitteln,
 - die wirtschaftliche Umsetzbarkeit einzelner Maßnahmen,
 - technische Randbedingungen sowie
 - die tatsächlichen Bedarfe innerhalb des Förder- und Umsetzungszeitraums.
- (4) Den Parteien ist darüber hinaus bewusst, dass das Projekt auf Grundlage der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) sowie vor dem Hintergrund der Abhängigkeiten und Projektrisiken sukzessive entwickelt werden muss. Die Beauftragung der Leistungen des AN erfolgt daher **stufenweise**:
- Stufe 1: Leistungsphasen (LP) 2 (Vorplanung) bis 4 (Genehmigungsplanung) gemäß Projekt-/Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**)
 - Stufe 2: Leistungsphasen (LP) 5 (Ausführungsplanung) bis 8 (Objektüberwachung) gemäß Projekt-/Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**)
1. Beauftragt werden mit Abschluss dieses Vertrages zunächst nur die Leistungen der Stufe 1 dieses Vertrages. Der AG behält sich eine Anpassung und Fortschreibung des Stufenabrufs hinsichtlich der nachgelagerten Projektstufen ausdrücklich vor. Die Beauftragung der Stufe 2 erfolgt in jedem Fall nur im Falle einer positiven Förderzusage im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW), Modul 2.
 2. Der AG behält sich die schriftliche Beauftragung weiterer Leistungsstufen – auch teil- und abschnittsweise – vor. Der Abruf der nachfolgenden Leistungsstufen erfolgt dabei spätestens 6 Monate nach schriftlicher Mitteilung über den Abschluss der zuletzt andauernden Leistungsstufe.
 3. Vor einer schriftlichen Beauftragung ist der AN nicht berechtigt, mit Leistungen aus den weiteren Leistungsstufen zu beginnen. Keinesfalls hat er in einem solchen Fall Anspruch auf Honorierung. Die Entgegennahme von Leistungen aus nicht beauftragten Stufen stellt keinen Abruf einer weiteren Stufe dar.
 4. Der AN hat keinen Anspruch auf Beauftragung mit den Leistungen weiterer Leistungsstufen. Der AN hat keinen Anspruch auf entgangenen Gewinn aufgrund der Nicht-Beauftragung mit den Leistungen weiterer Leistungsstufen. Er verpflichtet sich, auch die über die Stufe 1 hinausgehenden Leistungen nach den Bedingungen dieses Vertrages zu erbringen, sofern diese Leistungen durch den AG beauftragt werden.
 5. Der AG behält sich vor, die Beauftragung der weiteren Leistungen auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen oder auf einzelne Abschnitte des Projekts zu beschränken. Der AG entscheidet nach freiem Ermessen, in welcher Reihenfolge die einzelnen Leistungsstufen in Auftrag gegeben werden und ob im Rahmen einzelner Leistungsstufen prüfbare und für

- die Ausführung geeignete Leistungen vorgezogen bearbeitet werden müssen. Vorstehendes kann für den AN die parallele Bearbeitung von Leistungen aus verschiedenen Leistungsstufen bedeuten.
6. Aus Projektverzögerungen, die allein auf die stufenweise Beauftragung auch in verschiedener Reihenfolge zurückzuführen sind, kann der AN einen zusätzlichen Vergütungs- oder sonstigen Zahlungsanspruch nicht herleiten. Aus der stufenweisen Beauftragung bzw. abschnittswisen Ausführung beauftragter Leistungen kann der AN keine Erhöhung seines Honorars ableiten.
 7. Hält der AN die Beauftragung mit weiteren Leistungen einer oder mehrerer Leistungsstufen für dringend angezeigt, weil anderenfalls die kontinuierliche und vor allem termingerechte Fortführung des Projekts gefährdet ist, so hat er dies dem AG unverzüglich mit schriftlicher Begründung mitzuteilen, damit eine unterbrechungsfreie Leistung des AN und die Einhaltung des Terminplans sichergestellt ist. Im Übrigen verpflichtet sich der AN, den AG rechtzeitig, d.h. mit einer Vorlaufzeit von mindestens vier (4) Wochen, in Textform darauf hinzuweisen, bis wann die Beauftragung des AN erfolgen muss, damit es nicht zu einer Verzögerung des Planungsablaufs kommt.
 8. Die Parteien haben das Honorar nach § 9 auf die vom AN zu erbringenden Leistungen aufgeteilt. Sie sind sich darin einig, dass der AN nur den Teil des Honorars beanspruchen kann, der auf die jeweils beauftragten und erbrachten Leistungen entfällt.
- (5) Die Leistungserbringung des AN hat in allen Stufen des Vertrages unter Berücksichtigung und Einhaltung des Zuwendungsbescheids (**Anlage ...**) und der Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) sowie nach dem „Merkblatt Antragstellung, technische Anforderungen und Verwendungsnachweis (**Anlage ...**) zu erfolgen.
- (6) Soweit über die in diesem Vertrag und seinen Anlagen beschriebenen Leistungen hinaus weitere Leistungen für die Ausführungsphase des Bauvorhabens erforderlich werden, verpflichtet sich der AN schon jetzt, diese zu erbringen, sofern es der AG von ihm verlangt. Soweit der AN auf solche Leistungen eingerichtet ist, hat er diese Leistungen selbst zu erbringen; im Übrigen ist er berechtigt, Nachunternehmer nach den Vorgaben dieses Vertrages einzuschalten. Für die Vergütung entsprechender Leistungen gilt § 9(4) des Vertrages. Eine Vergütung ist nicht geschuldet, sofern das Erfordernis zusätzlicher Planungsleistungen gemäß vorstehendem Absatz für den A bereits zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses erkennbar war oder von ihm hätte erkannt werden müssen.

§ 4

Allgemeine Leistungspflichten des AN

- (1) Einhaltung der Regeln der Technik

Die Leistungen des AN müssen dem Stand der Technik, den einschlägigen DIN-, VDI- und VDE-Normen, sowie den einschlägigen öffentlich-rechtlichen und sonstigen einschlägigen Bestimmun-

gen und Richtlinien in ihrer zum Zeitpunkt der Abnahmen der baulichen Umsetzung jeweils geltenden Fassung entsprechen. Gelbdrucke von DIN-Normen und Herstellerrichtlinien gelten im Einzelfall nach Abstimmung mit dem AG. Der AN hat den AG auf die Existenz von Gelbdrucken oder Herstellerrichtlinien hinzuweisen und zu deren Anwendung zu beraten.

(2) Wirtschaftlichkeitsgebot und Vergaberecht

1. Der AN hat seine Leistungen unter besonderer Beachtung des Gebots der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu erbringen.
2. Der AG legt besonderen Wert auf eine dauerhafte Funktion der zu planenden baulichen Anlagen und niedrige Folgekosten für den Betrieb und spätere Instandhaltung. Die gesamte Planung hat daher dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, auch hinsichtlich der späteren Unterhalts- und Betriebskosten, zu entsprechen. Die Planung muss Betriebsabläufe funktionell optimieren und ermöglichen, die künftigen Betriebs- und Unterhaltungskosten des Objektes in Abhängigkeit von der funktionalen Nutzung möglichst gering zu halten. Baukosten dürfen nicht mit der Folge eingespart werden, dass die absehbaren Betriebs-, Verbrauchs- oder Instandhaltungskosten so steigen, dass die Einsparungen dadurch überschritten werden.
3. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist der AN verpflichtet, zu überprüfen, ob unter Ausschöpfung der technisch-wirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten eine wesentliche Kostensenkung ohne Verminderung der zwischen den Parteien vereinbarten Qualitäten herbeigeführt werden kann. Der AN hat den AG unverzüglich über die von ihm im Rahmen dieser Überprüfung ermittelten Möglichkeiten zur Kostensenkung zu informieren. Eine Nichtbeachtung der v. g. Pflichten zur Prüfung und Information ist unschädlich, wenn es sich um eine unwesentliche oder nur mit erheblichem Aufwand zu ermittelnde Möglichkeit zur Kostensenkung handelt.

(3) Wahrung der Rechte und Interessen des AG

1. Der AN ist im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen umfassend zur Wahrung der Rechte und Interessen des AG verpflichtet. Er hat ihn von allen bei der Durchführung seiner vertraglichen Leistungen zu den wesentlichen Angelegenheiten laufend und umfassend zu unterrichten und zu beraten.
2. Als Sachverwalter des AG darf der AN keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten. Er hat gemäß seinem Berufs- und Standesrecht im Rahmen des Vertrages ihm mit übertragene Vermögensbetreuungspflichten ausschließlich für den AG wahrzunehmen.

(4) Koordinations- und Integrationspflichten

1. Die vertragsgemäß Leistungserbringung erfordert eine aktive, vom AN geführte Zusammenarbeit mit den weiteren Projektbeteiligten einschließlich der Identifikation und Beseitigung von Schnittstellen oder etwaigen Widersprüchen zwischen Planungsleistungen des AN und denen der weiteren Projektbeteiligten sowie die Koordination und Integration der Leistungen mit bzw. in die Leistungen des AN.

2. Sofern bei der Projektabwicklung Rechtsdienstleistungen erforderlich werden, hat der AN den AG hierauf hinzuweisen und die erforderlichen juristischen Leistungsbeiträge zu benennen. Der AN hat die Leistungen bei dem AG anzufordern, soweit er nach diesem Vertrag nicht selbst mit deren Erbringung beauftragt ist.
 3. Der AN hat im Sinne einer einheitlichen Projektkoordination auf eine sachgemäße Befassung sämtlicher Planungsbeteiligter im Rahmen der sie jeweils betreffenden Besprechungen hinzuwirken. Soweit erforderlich, hat der AN die eingesetzten Planer aktiv in deren Leistungen zu begleiten und zu fördern.
 4. Ferner ist der AN verpflichtet für das Planungs- und Bauvorhaben die erforderlichen Koordinations-, Beratungs- und Integrationsleistungen auszuführen, die für die ordnungsgemäße Durchführung der Projektumsetzung unter Beachtung der Vertragsgrundlagen, der verbindlichen Zielvorgaben und der Leistungsbeschreibung nötig sind.
 5. Der AN ist insbesondere dazu verpflichtet, die übergeordnete Koordination des Planungsvorhabens zwischen sämtlichen Projektbeteiligten zu übernehmen. Der AN hat die Leistungen und Planungen der fachlich Beteiligten in die Planung weiterer Projektbeteiligter zu integrieren sowie die entsprechenden Planungsleistungen abzustimmen und sich ergebende Schnittstellen zu koordinieren. Zu diesem Zweck ist der AN dazu berechtigt und verpflichtet, die Rechte des AG zu wahren.
 6. Der AN ist verpflichtet, dem AG und den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
 7. In Bezug auf die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen haben sich sämtliche Projektbeteiligten zu verpflichten, alle relevanten Unterlagen und Dokumente rechtzeitig bereitzustellen. Im Rahmen der Projektkoordination obliegt es dem AN, die eingegangenen Unterlagen der Projektbeteiligten zu sichten, zu ordnen und nach Prüfung der Vollständigkeit zu konsolidieren und im Zustand der Einreichungsreife bei dem AG vorzulegen. Sofern Unterlagen fehlen, die für die Einreichung erforderlich sind, ist der AN dazu verpflichtet, diese bei den jeweiligen zuständigen Projektbeteiligten rechtzeitig und unverzüglich nachzufordern.
 8. Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AN und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der AN unverzüglich in Textform die Entscheidung des AG herbeizuführen.
 9. Der AN hat den AG über Ansprüche, die sich gegen ihn oder das mit der Ausführung beauftragte Unternehmen oder andere fachlich Beteiligte ergeben können, unverzüglich in Textform zu unterrichten. Der AN hat den AG bei der Geltendmachung seiner Ansprüche gegen Dritte zu unterstützen; die Geltendmachung der Ansprüche erfolgt durch den AG.
 10. Die Projektkoordination ist mit dem Honorar nach § 9 des Vertrages abgeholt.
- (5) Abstimmung mit dem AG

Der AN stimmt die von ihm geschuldeten Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem AG ab. Die alleinige Verantwortlichkeit des AN für seine Leistungen bleibt jedoch unberührt. Der

AN hat seine Planung auf die Anregungen oder Anordnungen des AG zu stützen und etwaige Bedenken hiergegen unverzüglich schriftlich oder per E-Mail mitzuteilen. Änderungen und Abweichungen von abgestimmten und genehmigten Planungsständen dürfen nur mit vorheriger Zustimmung des AG schriftlich oder per E-Mail vorgenommen werden.

(6) Unterrichtungspflicht

1. Der AN hat den AG unverzüglich schriftlich oder per E-Mail von auftretenden Problemstellungen sowie Umständen und Tatsachen, die für das Projekt und / oder den AG wesentlich sind oder sein können, zu unterrichten und auf Auswirkungen und Folgen auf seine Leistungen und das Projekt hinzuweisen.
2. Darüber hinaus hat er den AG regelmäßig in übersichtlicher und nachvollziehbarer Form einmal pro Monat als Kurzbericht zum Stichtag Monatsende (Statusbericht, Umfang mit AG nach Vertragsschluss abzustimmen) Bericht zu erstatten.

(7) Projektbesprechungen

Der AN ist verpflichtet, regelmäßig an Steuerungsrunden (mindestens alle 2 Wochen) teilzunehmen.

(8) Protokollführung

Der AN fertigt von allen Gesprächen und Terminen mit den Projektbeteiligten, an denen er teilnimmt, Protokolle an und übergibt diese unverzüglich, spätestens jedoch eine Woche nach dem jeweiligen Gespräch, der AG.

(9) Abstimmung mit Behörden

1. Der AN hat im erforderlichen Umfang fortlaufend Verbindung mit den zuständigen Genehmigungs- und Fachbehörden sowie den sonst in Betracht kommenden Behörden und Institutionen zu halten.
2. Der AN wird den AG über sämtliche Gespräche, sämtlichen Schriftverkehr und sonstige Abstimmungen mit den Behörden und Institutionen unverzüglich und rechtzeitig im Voraus schriftlich oder per E-Mail in Kenntnis setzen. Vorgaben von Behörden, Institutionen oder sonstigen Trägern öffentlicher Belange sind vom AN nach vorheriger Abstimmung mit dem AG zu beachten, wenn nicht der AG ausdrücklich anderes anordnet. Der AN fertigt Protokolle von allen Abstimmungen mit Behörden, auch wenn der AG teilgenommen hat, und übermittelt diese unverzüglich an den AG.
3. Der AN wird den AG insbesondere zu drohenden oder erteilten behördlichen Auflagen, einschließlich deren Auswirkungen auf die Planung und Ausführung des Projekts, beraten, alternative Planungen und Untersuchungen erstellen und den AG auch sonst unterstützen, um drohende Auflagen zu vermeiden oder gegen erteilte Auflagen vorzugehen.

(10) Projektkommunikationssystem

Der Datenaustausch im Projekt hat in Abstimmung mit dem AG über eine Cloudlösung oder einer Datenaustauschplattform digital erfolgen. Der AN hat den AG dahingehend zu beraten und eine Empfehlung abzugeben. Nach Freigabe durch den AG hat der AN die empfohlene Cloudlösung oder Datenaustauschplattform für den Datenaustausch zu nutzen. Weitere Einzelheiten sind nach Zuschlagserteilung zwischen den Parteien abzustimmen.

(11) Arbeitsergebnisse des AN

1. Vom AN zu fertigende Arbeitsergebnisse sind dem AG – auch bei Bestehen eines virtuellen Projektraums oder eines BIM – in folgender Anzahl von Ausfertigungen zu übergeben:

Soweit die Dokumente gegenüber Behörden vorgelegt werden, in der von der Behörde geforderten Anzahl als Hardcopy und zusätzlich auf einem Datenträger im DWG-, DXF- oder XLSX-Format oder sonstigen zur Weiterbearbeitung geeigneten Formaten sowie im PLT- oder PDF-Format.

Im Übrigen als Hardcopy und zusätzlich auf einem Datenträger im DWG-, DXF- oder XLSX-Format oder sonstigen zur Weiterbearbeitung geeigneten Formaten sowie im PLT- oder PDF-Format.

2. Der AG hat im Übrigen einen jederzeitigen Anspruch auf Übergabe der Arbeitsergebnisse auf einem Datenträger im DWG-, DXF-, XLSX-, D83-, P83- oder X83- Format oder sonstigen zur Weiterbearbeitung geeigneten Formaten sowie im PLT- oder PDF- Format.
3. Die Übergabe und die Übernahme von Unterlagen und Arbeitsergebnissen hat stets schriftlich oder per E-Mail mit Vermerk des Übernahmedatums zu erfolgen. Die Übernahme ist dem AN von dem AG schriftlich oder per E-Mail zu bestätigen.

(12) Freigabeprozedere

1. Arbeitsergebnisse sind vor Fertigstellung und Übergabe an den AG dem AG zur Freigabe mit einer Prüffrist von 10 Werktagen vorzulegen. Dem AG sind diese vorläufigen Arbeitsergebnisse einfach in Papierform und einfach in weiter verarbeitbarer digitaler Form zur Freigabe zu übergeben.
2. Wenn von dem AG nicht schriftlich oder per E-Mail der Einarbeitung von Auflagen aus Freigaben des AG im nächsten Planungsschritt zugestimmt wird, ist die der Freigabe zugrundeliegende Planung zunächst nachzubessern und neuerlich zur Freigabe vorzulegen.
3. Droht durch eine ausstehende Freigabe eine Behinderung der Leistungen des AN oder eine Verzögerung im Projekt, hat der AN den AG schriftlich oder per E-Mail eine angemessene Frist zur Erklärung der Freigabe, die jedoch mindestens eine Woche beträgt, zu setzen. Wird die Freigabe innerhalb der Frist nicht erklärt, gilt die Freigabe zur Vermeidung einer Behinderung als erteilt.

(13) Kennzeichnung des Planverfassers

Der AN hat die von ihm angefertigten Arbeitsergebnisse als verantwortlicher Verfasser zu kennzeichnen und zu unterzeichnen. Diese Forderung dient der AG insbesondere zur klaren Unterscheidung, ob Unterlagen vom AN selbst angefertigt oder vorhandene Unterlagen bearbeitet wurden.

(14) Keine rechtsgeschäftliche Vertretung des AG

1. Der AN ist nicht zur rechtsgeschäftlichen Vertretung des AG berechtigt.
2. Soweit es seine Aufgabe erfordert, ist der AN berechtigt und verpflichtet, die Rechte des AG zu wahren. Insbesondere hat er den an der Planung Beteiligten die notwendigen Weisungen zu erteilen. Hat der AN Bedenken gegen Weisungen des AG – auch soweit sie an ausführende Unternehmen gerichtet sind –, so hat er diese Bedenken unverzüglich und schriftlich oder per E-Mail dem AG mitzuteilen.

(15) Projektteam

1. Der AN bedarf der vorherigen Zustimmung durch den AG schriftlich oder per E-Mail, wenn und soweit

einzelne Mitglieder des Projektteams, die der AN im Rahmen des Verhandlungsverfahrens angegeben hat, nachträglich, d. h. nach allseitiger Unterzeichnung dieses Vertrages ausgetauscht werden sollen;

der AN freie Mitarbeiter oder sonstige Dritte, die im Verhandlungsverfahren nicht angegeben wurden, mit der Erfüllung von ihm nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen beauftragen will.

(16) Prüfung von Unterlagen und Anordnungen

Der AN ist verpflichtet, sämtliche ihm übergebene Unterlagen, einschließlich der Vertragsgrundlagen, sowie alle Vorgaben und Weisungen des AG und der Beauftragten auf Lücken, Widersprüche, Unklarheiten und sonstige fachliche Inkongruenzen zu prüfen und den AG auf entsprechende Feststellungen und deren Auswirkungen auf Qualitäten, Kosten und Termine unverzüglich und schriftlich oder per E-Mail hinzuweisen.

§ 5 Projektleitung und Projektüberwachung

(1) Projektleitung des AG

1. Der AG benennt als verantwortliche Projektleitung die folgenden Personen:

Projektleiter/in: Frank Kluitmann
2. Die Vorgenannten sind berechtigt, dem AN und Beauftragten des AN Weisungen zu erteilen.

(2) Projektleitung des AN

1. Der AN benennt als verantwortliche Projektleitung die folgenden Personen:

Projektleiter/in:

[gem. Angebot des AN, wird nach Zuschlagserteilung redaktionell hier ergänzt]

**Stellvertretende/r
Projektleiter/in:**

[gem. Angebot des AN, wird nach Zuschlagserteilung redaktionell hier ergänzt]

2. Die Projektleiter/innen (nachfolgend nur: „**Projektleiter**“) sind verpflichtet, persönlich an allen Planungs- und Koordinationsbesprechungen teilzunehmen. Im Falle der Abwesenheit eines Projektleiters ist dieser verpflichtet, den vollständig in das Projekt eingearbeiteten und sachkundige/n Stellvertreter/in (nachfolgend nur: „**stellvertretender Projektleiter**“) oder einen anderen fachkundigen, entscheidungsbefugten Vertreter (z. B. Fachingenieur bei Fachgesprächen) in die vorgenannten Besprechungen zu schicken.
 3. Der Projektleiter des AN und sein Stellvertreter sind dem AG gegenüber für den AN uneingeschränkt vertretungsberechtigt.
 4. Das Vorliegen der Bauvorlageberechtigung des Projektleiters oder eines Fachbauleiters des AN ist gegenüber dem AG auf Anforderung jederzeit nachzuweisen.
- (3) Abberufung der Projektleitung des AN

1. Der AG ist berechtigt, in jeder Projektphase aus sachlichen Gründen die Abberufung eines (stellvertretenden) Projektleiters des AN oder sonstigen auf Seiten des AN am Projekt Beteiligten zu verlangen. Dies kann insbesondere erfolgen, wenn Probleme in der Projektabwicklung auftreten oder das Vertrauensverhältnis zwischen dem AG und dem (stellvertretenden) Projektleiter gestört ist.
2. Der AN darf einen (stellvertretenden) Projektleiter vom Projekt nur nach vorheriger Zustimmung des AG abziehen. Zieht der AN seinen (stellvertretenden) Projektleiter vom Projekt aus wichtigem Grund ab, muss der AG seine Zustimmung erklären. Ein wichtiger Grund für den AN ist insbesondere die Kündigung des (stellvertretenden) Projektleiters. Die Neubesetzung der Positionen des (stellvertretenden) Projektleiters bedarf ebenfalls der Zustimmung des AG.

§ 6 Subplaner

Der AN ist nach Maßgabe der folgenden Regelungen berechtigt, im eigenen Namen Dritte zu beauftragen, die ihm obliegenden Leistungen zu erbringen (Subplaner). Diese werden als Erfüllungsgehilfen des AN tätig.

(1) Einsatz von Subplanern

Der AN beabsichtigt, die nachfolgend aufgeführten Subplaner für die jeweiligen Einzelleistungen einzusetzen:

- [gem. Angebot des AN, wird nach Zuschlagserteilung redaktionell hier ergänzt]

(2) Austausch und/oder Nachbenennung von Subplanern

1. Der AG kann dem Einsatz von Subplanern widersprechen, wenn von ihm darzulegende tatsächliche Umstände wichtige Gründe ergeben, die es wenig wahrscheinlich erscheinen lassen, dass der Subplaner die Vertragspflichten verlässlich erfüllen wird. Stellt der AG während der Dauer des Vertragsverhältnisses solche Gründe fest, kann er vom AN verlangen, dass dieser den Subplaner austauscht.
2. Die nachträgliche Benennung von Subplanern, die der AN nicht bereits im Rahmen des Vertragsschlusses angegeben hat, bedarf der Zustimmung des AG schriftlich oder per E-Mail. Die Zustimmung darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn der AN nicht die ausreichende fachliche Eignung des Subplaners nachweisen kann. Der AG kann vom AN jederzeit verlangen, dass dieser die Eignung des Subplaners, bezogen auf die Leistung, die durch diesen erbracht werden soll, nachweist.

(3) Verantwortung des Auftragnehmers für den Einsatz von Subplanern

1. Soweit sich der AN bei der Leistungserbringung Subplanern bedient, bleibt er dennoch dem AG gegenüber sowie gegebenenfalls Dritten für die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben sowie der Vorgaben dieses Vertrages verantwortlich. Der AG ist berechtigt, den Austausch von Subplanern im Falle von wiederholter oder erheblicher Schlechtleistung zu fordern.
2. Der AN hat die Verträge mit den Subplanern in der Weise zu gestalten, dass sie insbesondere im Hinblick auf Termin- und Kostensicherheit sowie Ansprüchen wegen mangelhafter Planung und Versicherungspflicht den zwischen AG und AN geregelten Pflichten entsprechen. Der AN hat in den Verträgen mit den von ihm eingesetzten Subplanern weiterhin zu vereinbaren, dass eine weitere Untervergabe nur nach Einwilligung des AG zulässig ist.
3. Der AN hat die Planungs- und Geschehensabläufe der von ihm beauftragten und/oder von dem AG bestimmten Subplaner in technischer, terminlicher, vertraglicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu koordinieren, zu steuern und zu überwachen. Die Kommunikation zwischen Subplaner und AG erfolgt ausschließlich über den AN. Der AN stellt aber sicher, dass die Subplaner jederzeit für Rückfragen des AG und zu Besprechungen mit dem AG oder anderen Projektbeteiligten zur Verfügung stehen.

§ 7

Beteiligung des AG

(1) Mitwirkung des AG

1. Der AG wird – wo dies angebracht ist – den AN sinnvoll unterstützen.

2. Der AN holt aktiv alle Entscheidungen des AG, Unterlagen, Informationen und sonstige Mitwirkungshandlungen des AG ein, die für die Erbringung der Leistungen des AN von Bedeutung sind („Holschuld“ für Beiträge und Mitwirkung des AG). Der AN informiert den AG rechtzeitig schriftlich oder per E-Mail über erforderlich werdende Entscheidungen des AG, damit eine ausreichende Entscheidungsvorbereitung ermöglicht wird. Diese Information hat spätestens mit einem Vorlauf von zwei Wochen zu erfolgen. Der AN bereitet alle Entscheidungen des AG, die in Zusammenhang mit den Leistungen des AN stehen, bis zur Entscheidungsreife vor. Auch Angaben von Dritten, die der AN zur Leistungserfüllung benötigt, hat der AN rechtzeitig und in eigener Verantwortung einzuholen.
 3. Soweit Leistungen nach der Entscheidung des AG durch Sonderfachleute erbracht werden sollen, erfolgt die vertragliche Verpflichtung durch den AG. Die Leistungen der Sonderfachleute werden von der AG unmittelbar vergütet.
 4. Der AN muss bei der Erbringung seiner Leistungen das Ergebnis etwaiger Leistungen der vom AG beauftragten Sonderfachleute berücksichtigen, in fachlicher und zeitlicher Hinsicht koordinieren und in seine Planung sinnvoll integrieren. Die Pflicht zur Koordination umfasst dabei insbesondere eine inhaltliche Überprüfung auf offenkundige und für den AN erkennbare Fehler oder Unvollständigkeiten, die zeitliche Koordination im Hinblick auf die fristgerechte Einbindung und Erbringung der Leistung sowie die fachliche Koordination, insbesondere im Hinblick auf die rechtzeitige, sachlich zutreffende und vollständige Unterrichtung der Dritten.
 5. Der AN versichert in Ansehung des ihm übertragenen Leistungsumfanges, dass für die Realisierung des Projekts die Beauftragung weiterer Leistungen und/oder von Sonderfachplanern durch den AG nicht erforderlich ist, soweit dies für ihn zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses erkennbar war oder von ihm hätte erkannt werden müssen. Soweit über die in diesem Vertrag und seinen Anlagen beschriebenen Leistungen hinaus weitere Leistungen für die Realisierung des Projekts erforderlich werden, verpflichtet sich der AN schon jetzt, diese zu erbringen, sofern es der AG von ihm verlangt.
 6. Für die Vergütung im Falle der Ziff. 5 gilt § 9(4) des Vertrages. Eine Vergütung ist jedoch nicht geschuldet, wenn das Erfordernis zusätzlicher Planungsleistungen gemäß vorstehender Ziff. 5 für den AN bereits zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses erkennbar war oder von ihm hätte erkannt werden müssen.
- (2) Verantwortlichkeit des AN bei Beteiligung des AG

Die Verantwortung und Haftung des AN für die Vollständigkeit und Richtigkeit seiner Leistungen werden durch die Beteiligung des AG und sonstige Anordnungen oder Anregungen des AG in keiner Weise eingeschränkt. Eine Berufung auf die Sachkunde des AG wird ausgeschlossen.

§ 8 Nutzung von Fördermitteln

- (1) Die Umsetzung des Bauvorhabens hängt maßgeblich von der Wirtschaftlichkeit des Projektes ab. Der AN hat den AG deshalb nach Maßgabe der Vorgaben des BEW-Moduls 1 – Transformationspläne und BEW-Modul 2 – Systemische Förderung zu unterstützen. Diese Unterstützung umfasst auch diejenigen Maßnahmen, die als Voraussetzung für eine weitere Förderung wesentlich sind.
- (2) Der AN ist in diesem Zusammenhang insbesondere verpflichtet, den AG über sämtliche Umstände, welche für die öffentliche Förderung relevant sind, in Kenntnis zu setzen. Dies betrifft insbesondere solche Informationen, welche die Einhaltung der Förderbedingungen betreffen sowie solche Umstände, welche den Erhalt bzw. die Aufrechterhaltung der zugesagten Förderung betreffen.
- (3) Der AN ist verpflichtet, seine Leistungen so zu erbringen, insbesondere zu planen, dass eine (spätere) Rückforderung von Zuwendungen ausgeschlossen wird. Dabei hat er im Rahmen seiner Leistungsverpflichtung die Leistungen der anderen Projektbeteiligten, insbesondere der an der Planung fachlich Beteiligten, auf Übereinstimmung mit den Anforderungen aus dem BEW Modul 1 zu kontrollieren. Eine juristische Beurteilung ist davon nicht erfasst.
- (4) Der AN ist weiter verpflichtet, die gemäß der Förderbedingungen notwendigen Projektskizzen und Verwendungsnachweisen zu erstellen. Das Ergebnis der Planungsleistungen ist je Stufe und BEW-Modul in einem Abschlussbericht niederzulegen. Als Inhalt des Abschlussberichtes für Stufe 1 und BEW-Modul 1 sind die getätigten Planungsleistungen des Modul 1 so darzustellen, dass eine weitere Förderung (BEW Modul 2) gesichert ist. Dies umfasst mindestens die Mindestinhalte Planungsleistungen angelehnt an Leistungsphasen 2 bis 4 (Punkt 4.1.3. Merkblatt – Technische Anforderungen der Module 1-4). Der Abschlussbericht zu den Ergebnissen der konkreten Planungsleistungen bezieht sich immer auf Umsetzungsmaßnahmen über einen maximalen Zeitraum von vier Jahren im Modul 2 des Förderprogramms. Der Abschlussbericht stellt somit eine Zusammenfassung und Erläuterung der einzureichenden Planungsunterlagen und des umzusetzenden Konzeptes dar.

§ 9 Vergütung

Mit dem nachstehend bestimmten Honorar sind einschließlich etwaiger im Vorfeld des Abschlusses des Vertrags bereits erbrachter Leistungen sämtliche Leistungen, die zur vollständigen, funktionsfähigen und termingerechten Ausführung der vertraglichen Leistungen notwendig sind, alle sonstigen zur Erfüllung des Vertrags anfallenden Kosten sowie die Nebenkosten abgegolten.

- (1) Honorar

Das Honorar für sämtliche sich aus diesem Vertrag und seinen Anlagen ergebenden Leistungen und Pflichten des AN richtet sich gemäß § 6 HOAI nach den vereinbarten Prozentsätzen der Honorare gemäß den §§ 43, 55 HOAI, der jeweils vereinbarten Honorarzone, dem jeweils vereinbarten Honorarsatz gemäß § 7 Abs. 1 HOAI in Verbindung mit der jeweiligen Honorartafel und den

jeweiligen gemäß DIN 276 in der Fassung vom Dezember 2008 ermittelten anrechenbaren Kosten. Die vorgenannten Honorarermittlungsparameter und die danach ermittelte vorläufige Höhe des Honorars für die Leistungen des AN ergeben sich im Einzelnen aus dem Preisblatt (**Anlage ...**) und den nachfolgenden Bestimmungen.

Die anrechenbaren Kosten werden nach §§ 42, 54 HOAI auf der Grundlage der Kostenberechnung gemäß DIN 276 in der Fassung vom Dezember 2008 ermittelt. Die auf die Baukosten entfallende Umsatzsteuer ist nicht Bestandteil der anrechenbaren Kosten (§ 4 Abs. 1 Satz 4 HOAI). Bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 HOAI ist die Kostenberechnung entsprechend der Änderung in den anrechenbaren Kosten fortzuschreiben.

Die vereinbarten Honorarzonen und die jeweilige Verortung innerhalb der Honorarzonen gemäß den Honorartafeln in Prozentpunkten (vgl. § 2a Abs. 1 sowie §§ 44 Abs. 1 und 56 Abs. 1 HOAI) ergeben sich für jedes Leistungsbild gesondert aus dem Preisblatt (**Anlage ...**). Dasselbe gilt für die vereinbarten Abschläge bzw. Zuschläge des nach § 6 HOAI ermittelten Honorars in Prozentpunkten.

Ein gesonderter Umbau- oder Modernisierungszuschlag im Falle der Umsetzung eines Planungskonzepts, das eine Bestandserhaltung beinhaltet, wird nicht vereinbart und ist in den etwaig vereinbarten Abschlägen bzw. Zuschlägen des nach § 6 HOAI ermittelten Honorars in Prozentpunkten gemäß dem Preisblatt (**Anlage ...**) enthalten.

(2) Nebenkosten

Für alle Nebenkosten wird eine Nebenkostenpauschale vereinbart. Die Höhe der Nebenkostenpauschale ergibt sich aus dem angebotenen Preisblatt (**Anlage ...**). In dieser Pauschale sind auch alle Reisekosten sowie die Kosten für interne Arbeitsexemplare von zu erstellenden Plänen, Beschreibungen oder sonstigen Unterlagen des AN und nach diesem Vertrag der AG zu übergebende Pläne, Beschreibungen und sonstige Unterlagen einschließlich deren Überarbeitungen (Arbeitsergebnisse des AN) sowie alle Kopien dieser Dokumente enthalten. Besprechungen finden auf der Baustelle statt.

(3) Umsatzsteuer

Die vorstehend vereinbarten Honorare und Nebenkosten verstehen sich jeweils zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit diese anfällt.

(4) Vergütungsfolgen bei Änderungen des Leistungssolls

1. Abschluss einer Nachtragsvereinbarung zwischen AG und AN

Wird das Leistungssoll für die beauftragten Leistungen auf Veranlassung des AG wesentlich geändert, so treffen die Parteien eine gesonderte Vereinbarung über die dem AN zustehende Vergütung.

Der AN hat den AG unverzüglich, längstens aber innerhalb von zehn (10) Arbeitstagen, nach Zugang des Änderungsbegehrens beim AN oder sonstiger Kenntnis des AN, von der Notwendigkeit geänderter, zusätzlicher und/ oder Besonderer Leistungen unter Vorlage eines prüffähigen Angebotes in Textform ausdrücklich auf die zusätzliche Vergütungspflicht hinzuweisen.

In dem Angebot müssen alle zur Ausführung des Änderungsbegehrens erforderlichen Leistungsschritte, die Höhe der zusätzlichen Vergütung und der objektiv erforderliche Zeitaufwand sowie die Kosten- und Terminfolgen unter Berücksichtigung der Vertragstermine enthalten sein. Soweit der AN für die Legung eines Nachtragsangebotes von dem AG nach Maßgabe dieses Vertrages bereitzustellende Unterlagen benötigt, hat der AN den AG hierauf unverzüglich nach Zugang des Änderungsbegehrens in Textform hinzuweisen. Die Frist zur Angebotslegung beginnt in diesem Fall erst mit Übergabe der Unterlagen. Unterlässt der AN den Hinweis, kann er sich später nicht darauf berufen, dass er etwaige erforderliche Unterlagen nicht oder später erhalten hat.

Das Honorar für Änderungsleistungen bedarf in jedem Fall der schriftlichen Vereinbarung.

2. Zeitraum für den Abschluss der Nachtragsvereinbarung

Die Parteien bemühen sich, zeitnah, spätestens aber innerhalb von 15 Kalendertagen nach Zugang oder Kenntnis des Änderungsbegehrens eine Nachtragsvereinbarung zu schließen, welche die Mehr- und Minderkosten und etwaige Termin-, Planungs- oder Bauzeitfolgen abschließend regeln.

3. Ausführung der Leistungen trotz fehlender Vereinbarung bezüglich Vergütungshöhe

Im Interesse einer störungsfreien Abwicklung des Projektes gilt jedoch:

Für den Fall, dass noch keine Nachtragsvereinbarung zur Höhe der Vergütung von Änderungsleistungen erfolgt ist, hat der AN diese Leistungen auszuführen, wenn der AG schriftlich oder per E-Mail bestätigt hat, dass es sich dem Grunde nach um eine Änderungsleistung handelt, für die eine gesonderte Vergütung geschuldet wird.

Besteht Streit, ob die Leistung zum vertraglichen Leistungsumfang des AN gehört und/ oder ob das Nachtragsangebot des AN prüfbar ist, ist der AN gleichwohl zur Ausführung dieser Leistungen verpflichtet, wenn der AG die Ausführung dieser Leistungen schriftlich oder per E-Mail anordnet, es sei denn der AG verweigert endgültig und ernsthaft jegliche weitere Vergütung hierfür.

Die Regelung in Abs. (4) ist abschließend. Der Honorarnachtrag für eine Änderung des Leistungssolls im Sinne des § 9(4)1 soll den objektiv erforderlichen Mehr- oder Minderaufwand des AN insgesamt decken. Für geänderte bzw. zusätzliche Leistungen soll deshalb möglichst eine Pauschalvergütung vereinbart werden, die sich am voraussichtlichen Zeitaufwand und den im Preisblatt (**Anlage ...**) vereinbarten Stundensätzen orientiert. Erzielen die

Parteien keine Einigung oder ordnet der AG die (unverzügliche) Ausführung der geänderten bzw. zusätzlichen Leistung ohne Einigung auf eine Vergütung an (in diesem Fall findet die 30-Tages-Frist des § 650b Abs. 2 Satz 1 BGB keine Anwendung), erhält der AN eine Vergütung auf Basis der erforderlichen und erbrachten Stunden und vereinbarten Stundensätze gemäß dem Preisblatt (**Anlage ...**).

4. Kein Recht zur Leistungseinstellung oder Zurückbehaltungsrecht
- (5) Meinungsverschiedenheiten über eine vom AN beanspruchte Vergütungsanpassung oder Zusatzvergütung berechtigen den AN nicht zur Leistungseinstellung oder Zurückbehaltung von Leistungen oder Arbeitsergebnissen.

§ 10

Termine und Fristen

- (1) Die vertragliche Leistung ist vom AN auf der Grundlage der in der Projekt-/Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) definierten zeitlichen Meilensteine so zu erbringen, dass die vertraglich vereinbarte und während der Projektverwirklichung fortgeschriebene Zielvorstellung des AG hinsichtlich der zeitlichen Abfolge des Projekts eingehalten wird.
- (2) Die in der Projekt-/Leistungsbeschreibung (**Anlage ...**) vereinbarten Termine sind verpflichtend einzuhalten.
- (3) Der AN ist verpflichtet, die für die Umsetzung der Maßnahmen aus diesem Vertrag erforderlichen Zeiträume bereits zu Beginn des Projekts festzusetzen und unter Berücksichtigung der erforderlichen Leistungen und der vom AG vorgegebenen Termine und Zeitfenster für den Einbau ggf. Maßnahmenpakete i. S. d. Ziffer 4.3.5 des „Merkblatt Antragstellung, technische Anforderungen und Verwendungsnachweis“ (**Anlage ...**) zu bilden, für die jeweils der vier Jahres Zeitraum einzuhalten ist.
- (4) Auf dieser Grundlage erstellt der AN innerhalb von vier (4) Wochen nach Vertragsschluss gemeinsam mit dem AG, einen Terminplan, der nach Freigabe durch den AG Vertragsgrundlage wird. Der AN berücksichtigt bei der Aufstellung des Terminplans insbesondere die Nebenbestimmungen zum Zuwendungsbescheid der BEW-Förderung (insb. Befristungen, Bedingungen und Auflagen) (**Anlage ...**). Der erwartete Umsetzungszeitraum von vier Jahren gemäß Ziffer 4.2.1 der Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze –BEW vom 01.08.2022 (BAnz AT 18.08.2022 B1) sowie Ziffer 4.3.1 des „Merkblatt Antragstellung, technische Anforderungen und Verwendungsnachweis“ (**Anlage ...**) ist zwingend einzuhalten. Die konkreten Befristungen, Bedingungen und Auflagen ergeben sich aus dem Zuwendungsbescheid (**Anlage ...**).
- (5) In Abstimmung mit dem AG wird der AN diesen Terminplan in regelmäßigen Abständen überprüfen, Soll/Ist-Vergleiche aufstellen und, soweit sich Projektumstände geändert haben, fortschreiben.

- (6) Der AN hat seine Leistungen jederzeit so rechtzeitig zu erbringen, dass sichergestellt ist, dass Planung und Realisierung nach den festgelegten Terminen ablaufen. Dies gilt insbesondere für die Planlieferung und seine Beiträge zur Ablauf- und Terminplanung des AG. Der AN ist verpflichtet, die jeweils benötigten Planunterlagen entsprechend den zeitlichen Vorgaben des AG, mindestens jedoch zwei Wochen vor dem geplanten Ereignis bzw. der Anforderung entsprechend dem (ggf. fortgeschriebenen) Terminplan, zu fertigen und dem AG vollständig zu übergeben.
- (7) Von drohenden oder eintretenden Leistungsverzögerungen hat der AN den AG unverzüglich und schriftlich oder per E-Mail zu unterrichten, unabhängig davon, ob er diese zu vertreten hat oder nicht. Der AN hat hierzu Vorschläge zu unterbreiten, ob und in welchem Umfang eine festgestellte Leistungsverzögerung gegengesteuert werden kann. Der AN ist auch verpflichtet, seine Leistungserbringung darauf einzurichten, insbesondere hat er in zumutbarem Umfang zu beschleunigen oder den Ablauf der Leistungen anzupassen, um die Auswirkungen der Behinderungen oder Störungen zu minimieren.

§ 11

Rechnungen und Zahlungen

- (1) Rechnungslauf und Fälligkeit der Vergütung
 1. Prüffähige Rechnungen sind in digitaler Form (.pdf) beim AG (Projektleiter) einzureichen.
 2. Abschlagszahlungen werden nach einer Prüffrist von 21 Kalendertagen, Schlusszahlungen nach einer Prüffrist von 30 Kalendertagen, jeweils beginnend mit Eingang einer prüffähigen Rechnung, fällig.
- (2) Abschlagsrechnungen
 1. Der AN ist berechtigt, das Honorar gem. § 9 dieses Vertrages monatlich nach einem noch gemeinsam abzustimmenden Zahlungsplan abzurechnen. Abschlagszahlungen darf der AN für einzelne Teilleistungen gemäß Ziff. 2 bis 5 der Anlage I nur verlangen, sobald ein nachweisbarer Leistungsfortschritt von mindestens 50 % erreicht ist. Ein weiterer Abschlag ist erst nach vollständiger Erbringung der jeweiligen Teilleistung (100 % Leistungsfortschritt) zulässig. Diese Einschränkung gilt nicht für die Leistungen des Projektmanagements gemäß Ziff. 1 der Anlage I. Der jeweilige Leistungsfortschritt ist vom AN nachvollziehbar und prüffähig darzulegen. Wird der Leistungsfortschritt, den der abgestimmte Zahlungsplan voraussetzt, im Zeitpunkt der jeweiligen Abschlagsrechnung nicht erreicht, ist der AN nicht zur Abschlagsrechnung berechtigt; das Honorar einer gleichwohl gestellten Abschlagsrechnung wird nicht fällig.
 2. Abschlagsrechnungen sind kumulativ unter Ausweis aller gestellten Rechnungen und erhaltenen Zahlungen übersichtlich aufzubauen. Dabei sind die Reihenfolge der Leistungspositionen gemäß der Gliederungsstruktur des Vertrages einzuhalten und die in den Vertragsbestandteilen enthaltenen Bezeichnungen zu verwenden.

3. Die zum Nachweis von Art und Umfang der vertragsgemäß erbrachten Leistungen erforderlichen Unterlagen sind der Rechnung beizufügen. Honorar, Nebenkosten und Umsatzsteuer sind getrennt auszuweisen. Kann Schlussrechnung gelegt werden, ist die Stellung von Abschlagsrechnungen ausgeschlossen. Bereits gestellte Abschlagsrechnungen verlieren ihre Fälligkeit, unbestrittene und fällige Guthaben werden jedoch ausgezahlt.

(3) Abschlagszahlungen

Auf Abschlagszahlungen findet, soweit die Parteien keinen Zahlungsplan vereinbart haben, § 15 HOAI entsprechend Anwendung, mit der Maßgabe, dass Abschlagsrechnungen nicht vor Ablauf wenigstens eines Monats seit Stellung der jeweils letzten Abschlagsrechnung gestellt werden dürfen.

(4) Schlussrechnung

Eine Schlussrechnung kann nach vollständiger Erfüllung aller aus diesem Vertrag geschuldeten Leistungen und Abnahme dieser Leistungen gestellt werden. Änderungen und Ergänzungen des Vertrags (z. B. Nachtragsleistungen) sind in der Schlussrechnung besonders kenntlich zu machen und auf Verlangen des AG getrennt abzurechnen.

(5) Bindungswirkung der Schlussrechnung

Der AN ist an seine Schlussrechnung gebunden.

(6) Einwendung des Auftragnehmers gegen die Schlusszahlung

Der AN kann innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Erhalt einer Schlusszahlung Einwendungen gegen deren Höhe erheben, danach sind jedwede Einwendungen gegen die Schlusszahlung und Ansprüche auf Nachforderungen ausgeschlossen.

(7) Rückforderung von Überzahlungen

Die Ausgaben des AG für das Projekt unterliegen der Prüfung durch den Zuwendungsgeber und der Rechnungsprüfung. Die zuwendungsrechtliche Prüfung und die Rechnungsprüfung können auch erst nach Ablauf mehrerer Jahre durchgeführt werden. Die gesetzliche Verjährungsfrist (§ 195 BGB) von Ansprüchen aus ungerechtfertigter Bereicherung wegen insoweit festgestellter, ungerechtfertigter Zahlungen bzw. Überzahlungen beginnt mit der Kenntnis des AG vom Ergebnis der Rechnungsprüfung, es sei denn, der AG hatte bereits zuvor von der Überzahlung Kenntnis oder seine Unkenntnis war grob fahrlässig; § 199 Abs. 4 BGB bleibt unberührt. Der AN muss bis zum Ablauf dieser Verjährungsfrist damit rechnen, dass er auf Erstattung der ungerechtfertigt gezahlten Beträge in Anspruch genommen wird. Bei Rückforderungen des AG aus Überzahlungen kann sich der AN nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

§ 12

Geheimhaltungs-, Auskunfts- und Aufbewahrungspflichten

(1) Verschwiegenheitsverpflichtung

Der AN ist verpflichtet, über Betriebsgeheimnisse des AG und sonstige Umstände, insbesondere wirtschaftlicher, personeller und projektbezogener Art der am Projekt Beteiligten, die ihm im Rahmen seiner Tätigkeit für den AG bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren. Dies gilt nicht für die Weitergabe solcher Umstände, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben des AN aus diesem Vertrag gehört.

(2) Aufbewahrung von Unterlagen

Der AN ist verpflichtet, Zeichnungen und sonstige die Vertragsdurchführung betreffenden Unterlagen für eine Dauer von 10 Jahren nach Erfüllung der letzten aufgrund dieses Vertrages zu erbringenden Leistung aufzubewahren. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist hat er sie schriftlich oder per E-Mail des AG zur Übernahme, für die kein gesondertes Entgelt anfällt, anzubieten. Erklärt der AG nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten, die Zeichnungen oder Unterlagen zu übernehmen, ist der AN berechtigt, diese zu vernichten.

§ 13

Abnahme und Verjährung

(1) Rechtsgrundlagen

Die Abnahme der Leistungen des AN richtet sich nach dem Werkvertragsrecht des BGB mit der Maßgabe, dass die Abnahme förmlich erfolgen muss, insbesondere, dass die Abnahmeerklärung des AG zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform bedarf. Fiktive und fingierte Formen der Abnahme – insbesondere durch eine Ingebrauchnahme der vertragsgegenständlichen Leistungen – sind ausgeschlossen.

(2) Teilabnahmen und Verjährungsbeginn

1. Die Verjährung von Mängelansprüchen gegen den AN beginnt grundsätzlich mit der Abnahme der letzten aufgrund dieses Vertrages zu erbringenden Leistung. § 650s BGB wird ausgeschlossen.
2. Der AN hat keinen Anspruch auf Teilabnahmen.

(3) Verjährungsfrist

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt fünf Jahre.

§ 14

Haftung und Mängelansprüche

(1) Rechtsgrundlagen

Die Haftung des AN und Mängelansprüche des AG richten sich nach dem Werkvertragsrecht des BGB und nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen.

(2) Verantwortungsbereich des Auftragnehmers

Der AN kann sich bei Fehlern oder Mängeln, für die er haftet oder Gewähr zu leisten hat, dem AG gegenüber nicht darauf berufen, dieser sei aufgrund eigener Sachkunde oder Offenkundigkeit in der Lage gewesen, Fehler oder Mängel so rechtzeitig zu erkennen, dass ein Schaden hätte vermieden oder vermindert werden können.

§ 15

Versicherung

(1) Deckungssummen und Versicherungsumfang

1. Die Deckungssummen je Schadensfall der Berufshaftpflichtversicherung des AN müssen mindestens folgende Beträge aufweisen:

- Für Personenschäden **EUR 5,0 Mio.**
- Für sonstige Schäden (Sach-/Vermögensschäden) **EUR 5,0 Mio.**

2. Die Versicherungsbedingungen müssen mindestens eine zweifache Maximierung pro Jahr vorsehen. Die in diesem Abschnitt formulierte Forderung von Mindeststandards des Versicherungsschutzes hat keine einschränkende Wirkung auf die Haftung des AN gleich aus welchem Grund.

3. Wird der AG durch Dritte für Schäden in Anspruch genommen, die der AN zu verantworten hat, so stellt der AN den AG im Rahmen des vereinbarten Versicherungsschutzes für diese Ansprüche frei.

(2) Versicherungsnachweis

Der AN hat eine Deckungszusage eines in der Europäischen Union zugelassenen Versicherers vorzulegen, der die Berufshaftung nach diesem Vertrag und die einschlägigen gesetzlichen Ansprüche abdeckt. Der Nachweis der ausreichenden Versicherung und der Prämienzahlung ist bei Vertragsabschluss zu führen. Der AN hat darüber hinaus jährlich Belege über den Fortbestand des Versicherungsschutzes unaufgefordert vorzulegen. Wird der Versicherungsnachweis trotz Aufforderung und Setzung einer angemessenen Frist nicht geführt, ist der AG berechtigt, auf Kosten des AN eine entsprechende Versicherung abzuschließen. Der Nachweis der Versicherung ist Fälligkeitsvoraussetzung für sämtliche Vergütungsansprüche des AN nach diesem Vertrag.

(3) Abtretung der Erstattungsansprüche

Der AN tritt hiermit seine Erstattungsansprüche gegen die Haftpflichtversicherung, soweit dem AG von der Versicherung gedeckte Ansprüche gegen den AN zustehen und diese rechtskräftig festgestellt sind oder mit Zustimmung der Versicherung ein Anerkenntnis oder ein gerichtlicher oder außergerichtlicher Vergleich geschlossen worden ist, ab. Der AG nimmt die Abtretung an.

§ 16

Kündigung

(1) Kündigungsgründe

Die Parteien können den Vertrag jederzeit aus wichtigem Grund kündigen. Der AG kann den Vertrag zudem jederzeit ordentlich kündigen. Die gesetzlichen Kündigungsregelungen bleiben unberührt. Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe erst nach Ablauf von sechs (6) Monaten nach Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe beauftragt und der AN dem AG zuvor die Kündigung mit einer Fristsetzung von einem (1) Monat angedroht hat. Hieraus erwachsen keiner Vertragspartei Schadensersatz-, Entschädigungs- oder Vergütungsansprüche; die Ansprüche aus den bis dahin erbrachten Leistungen bleiben unberührt.

(2) Kündigung aus wichtigem Grund seitens des AG

Ein wichtiger Grund, der den AG zur außerordentlichen Kündigung berechtigt, liegt insbesondere vor, wenn

1. der AN ein oder mehrere Projektziel(e) schuldhaft verfehlt,
2. ein Insolvenzantrag gestellt oder das Insolvenzverfahren über das Vermögen des AN eröffnet worden ist und seitens des Insolvenzverwalters eine zeitnahe und möglichst unterbrechungsfreie Herbeiführung des geschuldeten Erfolgs nicht sichergestellt werden kann,
3. der AN den Projektleiter und/oder dessen Stellvertreter oder den Bauleiter ohne Zustimmung des AG abzieht, der AN einer bindenden Weisung des AG nicht nachkommt oder
4. der AN nachhaltig und erheblich seine vertraglichen Verpflichtungen verletzt, insbesondere durch die eigenmächtige Abweichung von vertraglichen Vorgaben, die schleppende, zögerliche und unzureichende Leistungserbringung, die Verursachung besonders grober Mängel, die Verletzung von Kooperationspflichten, die schuldhaft, erhebliche Überschreitung von Vertragsfristen, die schuldhaft, erhebliche Überschreitung von Baukosten oder durch die unzureichende Bereitstellung der erforderlichen Personalkapazitäten für einen längeren Zeitraum

und ihn der AG erfolglos schriftlich oder per E-Mail mit angemessener Fristsetzung und unter Benennung der zu beanstandenden Umstände abgemahnt hat.

Die Rechte und Pflichten hinsichtlich der Feststellung des Leistungsstandes nach Kündigung richten sich nach § 648a Absatz 4 BGB. Insbesondere kann der AN die Feststellung und Abnahme

seiner bis zur Kündigung erbrachten Leistungen alsbald nach der Kündigung verlangen; er hat danach unverzüglich eine prüffähige Rechnung über seine ausgeführten Leistungen vorzulegen.

Für die Kündigung bei Verstößen gegen das Vergaberecht gilt § 133 GWB.

(3) Schriftformerfordernis

Jede Kündigung bedarf der Schriftform.

(4) Kündigungsfolgen

Hat der AN den Kündigungsgrund zu vertreten und kündigt der AG daher aus wichtigem Grund oder ist die weitere Durchführung aus Gründen unmöglich, die keine Partei zu vertreten hat, so steht dem AN die Vergütung für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung erbrachten nachgewiesenen Leistungen zu, nicht aber sein Gesamthonorar für die abgerufenen Leistungen abzüglich ersparter Aufwendungen oder entgangener Gewinn. Gegenansprüche der AG, insbesondere auf Schadensersatz, bleiben unberührt.

(5) Teilkündigung

Die vorstehenden Regelungen in Abs. (1) bis (4) gelten für Teilkündigungen entsprechend.

(6) Abwicklung des Vertrages bei vorzeitiger Kündigung

1. In jedem Fall der vorzeitigen Beendigung des Vertrages hat der AN seine Leistungen so abzuschließen und so zu dokumentieren, dass ein Dritter übergangslos an die Ergebnisse des AN anschließen kann, ohne dass es zu Beeinträchtigungen des Projektablaufs kommt. Insbesondere hat der AN alle ihm überlassenen Unterlagen herauszugeben und unverzüglich Kopien aller von ihm erstellten Unterlagen sowie Plandateien in weiter bearbeitbarer Form zu übergeben, die zur Fortführung des Bauvorhabens erforderlich sind. Dies gilt unabhängig vom Bestehen von Urheberrechten.
2. Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte oder Leistungsverweigerungsrechte sind ausgeschlossen.

§ 17

Urheber- und Schutzrechte

(1) Urheberpersönlichkeitsrecht

Dem AN verbleibt ein etwaiges Urheberpersönlichkeitsrecht an den von ihm angefertigten Zeichnungen und etwaigen sonstigen schutzfähigen Leistungen.

(2) Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrechte

1. Der AN überträgt dem AG jedoch – mit der Vergütung gemäß § 9 abgegolten – das räumlich unbegrenzte, ausschließliche Recht, alle schutzfähigen Ergebnisse des geistigen Schaffens

des AN, insbesondere Werke, Muster, Modelle, technische und andere Zeichnungen, Planungen, Unterlagen und Computerdateien, die der AN im Rahmen dieses Vertrags erstellt, sowie alle sonstigen Leistungen, die der AN im Rahmen dieses Vertrages erbringt, für das vertragsgegenständliche Projekt unter Wahrung von eventuellen Urheberpersönlichkeitsrechten des AN auf Dauer und ohne dessen Mitwirkung zu verwerten, zu nutzen sowie – auch das ausgeführte Werk – zu ändern.

2. Die Nutzungsrechte beinhaltet weiterhin das Recht der AG, Änderungen und Bearbeitungen an den Leistungen und Arbeitsergebnissen sowie der auf deren Grundlage errichteten Baumaßnahme vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen, einschließlich An- und Umbauten, Umgestaltungen, Erweiterungen, Nutzungsänderungen, Reparaturen und Modernisierungen, soweit damit keine Entstellungen des Werkes verbunden sind und dies dem AN unter Abwägung der Urheber- und Eigentümerinteressen zuzumuten ist.
3. Die Änderungsbefugnis des AG nach den vorstehenden Absätzen 1 und 2 besteht mit der Einschränkung, dass der AN vor wesentlichen Änderungen – soweit zumutbar – anzuhören ist, wobei die Anhörung keine konstitutive Wirkung hat.
4. Klargestellt wird, dass sich der AN Weisungen des AG in Bezug auf eine technisch oder wirtschaftlich gebotene Änderung oder Ergänzung der Planung des AN nicht unter Berufung auf seine Urheberrechte widersetzen kann.
5. § 14 Urheberrechtsgesetz (Entstellungsverbot) bleibt ausdrücklich unberührt.
6. Der AG ist berechtigt, die ihr hiermit zustehenden Rechte ganz oder teilweise durch Dritte wahrnehmen zu lassen.

(3) Veröffentlichungsrecht

1. Der AG hat ferner das Recht, die Ergebnisse des geistigen Schaffens des AN sowie alle sonstigen Leistungen des AN im Rahmen des vorliegenden Vertrags mit dessen Namensangabe zu veröffentlichen. Soweit der AG Änderungen der Leistungen des AN vornimmt, ist der AN berechtigt, die Veröffentlichung unter seiner – des AN – Namensangabe zu untersagen. In diesem Fall steht dem AG jedoch das Recht zur Veröffentlichung ohne eine solche Namensangabe zu.
2. Auch der AN hat das Recht, die Ergebnisse seines geistigen Schaffens nach entsprechender Zustimmung des AG mit seiner Namensangabe etwa zu Werbe- bzw. Akquisitionszwecken zu veröffentlichen; der AG darf die Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern, wie insbesondere bezüglich geheimhaltungsbedürftiger Bauteile.

(4) Rechtsmängel

Der AN steht dafür ein, dass seine Leistungen frei von Rechten Dritter sind und keine Rechte Dritter beeinträchtigen. Er stellt den AG von möglichen Ansprüchen Dritter wegen der Verletzung von Urheber- und Leistungsschutzrechten oder der Verletzung sonstiger Rechte Dritter frei.

(5) Abgeltung von Forderungen des Auftragnehmers

Mit der in diesem Vertrag vereinbarten Vergütung unter § 9 sind sämtliche Forderungen des AN, die sich aus der Einräumung von Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrechten ergeben, abgegolten.

(6) Urheberrechte bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages

Die vorstehenden Regelungen gelten auch dann, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig beendet wird und ein Abruf weiterer Leistungen nicht erfolgt. Der AG ist in diesen Fällen berechtigt, das Projekt ohne Mitwirkung des AN zu vollenden bzw. vollenden zu lassen. Ein neben den vereinbarten Honoraranspruch tretendes zusätzliches Entgelt steht dem AN auch in diesen Fällen grundsätzlich nicht zu. Sollte dies bei vorzeitiger Vertragsbeendigung ausnahmsweise zu für den AN unzumutbaren Ergebnissen führen, so erhält dieser ein zusätzliches Honorar in angemessener Höhe.

(7) Nicht geschützte Leistungen des AN

1. Soweit die Leistungen des AN nicht dem Urheberrechtsschutz unterfallen, steht dem AG ein umfassendes und unbeschränktes Verwertungs-, Nutzungs- und Änderungsrecht an allen Ergebnissen des geistigen Schaffens des AN zu, die dieser im Rahmen dieses Vertrags erstellt, insbesondere an den Werken, Mustern, Modellen, technischen und anderen Zeichnungen, Planungen, Unterlagen und Computerdateien, sowie an allen sonstigen Leistungen, die der AN im Rahmen dieses Vertrages erbringt.
2. Der AG ist insbesondere auch zu einer mehrmaligen Verwertung und Nutzung dieser Leistungen berechtigt, ohne dass hierfür ein weiteres Entgelt zu bezahlen wäre.
3. Im Übrigen gelten die Regelungen in § 17(4) entsprechend.

§ 18

Schlussbestimmungen

(1) Abtretungsverbot

Der AN ist nicht berechtigt, Ansprüche aus diesem Vertrag an Dritte abzutreten. § 354a HGB bleibt unberührt.

(2) Schriftformerfordernis

Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für Änderungen dieses Schriftformerfordernisses.

(3) Nebenabreden

Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen.

(4) Rechtswahl und Gerichtsstand

Als Gerichtsstand vereinbaren die Parteien – soweit gesetzlich zulässig – Ratingen. Es gilt ausschließlich das Sachrecht der Bundesrepublik Deutschland.

(5) Salvatorische Klausel

Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Parteien werden anstelle der unwirksamen Bestimmung eine solche Regelung vereinbaren, die dem mit der unwirksamen Bestimmung beabsichtigten Zweck möglichst nahekommt. Entsprechendes gilt bei Lücken des Vertrages.

Ratingen, den	[Datum der Zuschlagserteilung wird nach Zuschlagserteilung redaktionell hier ergänzt]	[Sitz des obsiegenden Bieters, wird nach Zuschlagserteilung redaktionell hier ergänzt], den	[Datum der Zuschlagserteilung wird nach Zuschlagserteilung redaktionell hier ergänzt]
	_____		_____
<hr/>			
AG		AN	